

9.7.2017 - Münchner Kath. Kirchenzeitung

Soll es die "Ehe für alle" geben?

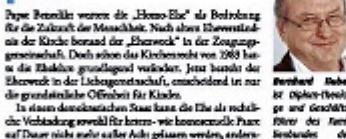
8.Juli 2017 / Nr. 28 Thema der Woche „Die Kirche“ Zeitgeschehen 7

Soll es die „Ehe für alle“ geben?

pro



Christian Wimmer ist einer der sprecher des Kirchen-Volksbewegung „Nö auf Ehe für alle“ Deutschland.



contra

Papst Benedikt wertete die „Homo-Ehe“ als Bedrohung für die Zukunft der Menschheit. Nach altem Eheverständnis der Kirche bestand der „Ehezweck“ in der Zeugungsgemeinschaft. Doch schon das Kirchenrecht von 1983 hatte die Ehelehre grundlegend verändert. Jetzt besteht der Ehezweck in der Liebesgemeinschaft, entscheidend ist nur die grundsätzliche Offenheit für Kinder.

In einem demokratischen Staat kann die Ehe als rechtliche Verbindung sowohl für hetero- wie homosexuelle Paare auf Dauer nicht mehr außer Acht gelassen werden, andernfalls werden ganze Menschengruppen weiterhin diskriminiert. Denn schon die Bezeichnung „Eingetragene Lebenspartnerschaft“ ist diskriminierend, da sie die sexuelle Identität offensichtlich. Ehe bedeutet Zwei Menschen „trauen sich“ und bekunden in der Öffentlichkeit, dass sie zusammengehören und füreinander einzustehen. Das Grundprinzip kann nicht herangezogen werden, dass homosexuelle Paare nicht zusammengehören dürfen. Angesichts der grundsätzlichen Trennung von Staat und Kirche sollten Religionsgemeinschaften nicht versuchen, das eigene Verständnis aller Sexuslogien zu übertragen.

Und ebenso wenig wie nicht auch das „christliche Eheverständnis“ hat sich im Laufe der Jahrhunderte immer wieder geändert. Die heutigen Szenen wie die Vorkommnisse des Massen über die Frau sollten wir nicht verschweigen. Papst Franziskus erneutzt uns, die verhinderte Lebensentwickeltheit der Menschen in den Blick zu nehmen: „Die Weltlichkeit ist wichtiger als die Ehe“ (Papstwahl geäußert).

Wie die beiden Papstanzwärter zeigen, so auch die jahrelange geschlechterübergreifende Diskussion des Beweisens für den vorwiegenden Schutz sowie die erforderliche materielle und seelische Förderung von Ehe und Familie wieder gestartet. Familiär ist dort, wo Kinder sind, die Bewahrung der Verantwortung übernommen. Gute, dass jetzt endlich mehr homosexuelle Menschen und auch nicht-homosexuelle Partnergemeinschaften diskriminiert werden. Hoffen wir, dass auch die römisch-katholische Kirche diesen Pausen bald nicht mehr den ihnen zugeschenkten kirchlichen Segen verweigern wird.

Foto: Petrus

Was die „Homo-Ehe“ war, wird nun als „Ehe für alle“ verschliefen. Soziale Differenzierung wird zur gesellschaftlichen Diskriminierung umgedeutet, damit sich jeder, der eine „deutsche“ heterosexuelle Zweigeschlecht pflegt, das Etikett „Ehe“ anslagen kann. In der Wirtschaft werden Märkte gepflegt, in der Politik werden sie ohne Stoß befreite. Der beweist bei der Ehe darin, dass ein Mann und eine Frau öffentlich ihren Willen bekunden, sich ein Leben lang zu lieben und zu ehren. Die verbündete Werbetelefon E3-11-E kann sich nun beflissen.

Aber ist die Ehe im Grundsatz mehr als eine Werbetelefon? Es bleibt doch keine Verbindung, wird ungewollt.

Sofern man „Definition“ als wichtigste Eigenschaft eines Sachverhalts versteht, ist das richtig. Doch das Grundsatz hat gar keine Verbindung in Wörtern festzulegen, was in der Soziologie war: Menschen schließen sich über soziales Orientieren zu sozialen Binden zusammen, um für eine größere Anzahl der Gemeinschaften zu sorgen. Diese soziale Natur, das muss man einschließlich.

Wollt sich der Malekonsianer Staat von diesem Sektor trennen,

handelt es sich um eine soziale Verbindung, welche nicht,

obwohl es das Grundsatz war dem sozialen Schutz. Aber sagt er nicht, „Ehe ist...“, sondern, „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“ Das ist definitiv genug, braucht übernimmt sich der Staat, wenn er per Gesetz eine „sozialematische“ Sicht auf die Ehe zu rechtfertigen versucht. Ihnen kommt, dass wir diese orientieren „Habe für alle“ das Rechtfertigen der Ehe der Perspektive der sozialen Orientierung unterschreibt wird, was was als „traditionelles“ Ehepaar als ausreichend empfunden kann. Sicherheit ignoriert der Staat die Grenzen des Grundgesetzes einen, indem er öffentlich macht, was private im Denkschriftsteller angegangen wird nicht anderes übrig blieben, als in dieser Sache das letzte Wort zu sprechen.

Die Ehe ist zwar ein Menschenrecht, aber es schließt es

an, das prägende Prinzip der Beziehung zwischen dem Geschlechtern und nicht das prägende Prinzip der Beziehung zwischen zwei Vertretern der Geschlechtern.



pro

Papst Benedikt wertete die „Homo-Ehe“ als Bedrohung für die Zukunft der Menschheit. Nach altem Eheverständnis der Kirche bestand der „Ehezweck“ in der Zeugungsgemeinschaft. Doch schon das Kirchenrecht von 1983 hatte die Ehelehre grundlegend verändert. Jetzt besteht der Ehezweck in der Liebesgemeinschaft, entscheidend ist nur die grundsätzliche Offenheit für Kinder.

In einem demokratischen Staat kann die Ehe als rechtliche Verbindung sowohl für hetero- wie homosexuelle Paare auf Dauer nicht mehr außer Acht gelassen werden, andernfalls werden ganze Menschengruppen weiterhin diskriminiert. Denn schon die Bezeichnung „Eingetragene Lebenspartnerschaft“ ist diskriminierend, da sie die sexuelle Identität offenbart.

Ehe bedeutet: Zwei Menschen „trauen sich“ und bekunden in der Öffentlichkeit, dass sie zusammengehören und füreinander einzustehen. Das Grundgesetz kann nicht herangezogen werden, dies abzulehnen. Angesichts der grundsätzlichen Trennung von Staat und Kirche sollten Religionsgemeinschaften nicht versuchen, ihre eigenen Vorstellungen allen Staatsbürger*innen aufzuoktroyieren. Das sakrale Verständnis von Ehe bleibt hiervon unbenommen.

Und vergessen wir nicht: Auch das „katholische Eheverständnis“ hat sich im Laufe der Jahrhunderte immer wieder geändert. Die negativen Seiten wie die Vorherrschaft des Mannes über die Frau sollten wir nicht verschweigen. Papst Franziskus ermutigt uns, die veränderten Lebenswirklichkeiten der Menschen in den Blick zu nehmen: „Die Wirklichkeit ist wichtiger als die Idee“ (Evangelii gaudium).

Wie die beiden Familiensynoden so hat auch die jahrelange gesellschaftspolitische Diskussion das Bewusstsein für den notwendigen Schutz sowie die erforderliche materielle und ideelle Förderung von Ehe und Familie wieder gestärkt. Familie ist dort, wo Kinder sind, für die Erwachsene die Verantwortung übernehmen. Gut, dass jetzt niemand mehr homosexuelle Menschen und auch nicht homosexuelle Partnerschaften diskriminierten will. Hoffen wir, dass auch die römisch-katholische Kirche diesen Paaren bald nicht mehr den ihnen zustehenden kirchlichen Segen verweigern wird.

Christian Weisner ist einer der Sprecher der KirchenVolksBewegung „Wir sind Kirche“ in Deutschland

contra

Bernhard Huber ist Diplom-Theologe und Geschäftsführer des Familienbundes der Katholiken, Landesverband Bayern

Stellungnahmen von Mitgliedern des Zentralkomitees der deutschen Katholiken als Abgeordnete des Bundestages

An der Abstimmung im Deutschen Bundestag über das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts am Freitag, dem 30. Juni 2017, waren neun Mitglieder des Zentralkomitees der deutschen Katholiken als Abgeordnete des Bundestages beteiligt.

[Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer](#)

[Thomas Dörflinger](#)

[Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Maria Flachsbarth](#)

[Staatsministerin Prof. Monika Grüters](#)

Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks:

"Wir haben als Abgeordnete die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partner beschlossen. Es handelt sich um eine Änderung des Zivilrechts, auf der Basis des Gleichheitsgrundsatzes unseres Grundgesetzes. Ich habe Verständnis dafür, wenn meine Kirche einer solchen Partnerschaft das Sakrament der Ehe nicht spenden will. Aber ein Segen für die Paare, die sich das wünschen, wäre gut und wird ganz sicher durch unseren Glauben getragen."

[Dr. Claudia Lücking-Michel](#)

[Bundesminister Gerd Müller](#)

[Bundesministerin Andrea Nahles](#)

Peter Weiß (aus einem Newsletter):

"Wie werden Sie morgen abstimmen und warum? Ich werde mit NEIN stimmen.

Begründung: Wir haben die gleichgeschlechtliche Partnerschaft rechtlich in fast allen Bereichen den Rechten der Ehe von Mann und Frau gleichgestellt. Unser Grundgesetz versteht die Ehe aber als eine Ehe aus Mann und Frau, in der Kinder gezeugt werden können. Ich finde, dass es keine Diskriminierung darstellt, diese Unterscheidungen zu machen. Jeder Mensch und jede Partnerschaft hat ihren Wert und ihre Würde. Aber

man sollte zwischen zwei unterschiedlichen Lebensentwürfen auch einen Unterschied machen dürfen, auch in einer Beziehung. Wenn die Ehe neu definiert werden soll, dann müsste man die Verfassung ändern und nicht nur das Bürgerliche Gesetzbuch.

In meiner Auffassung fühle ich mich auch bestätigt durch die außergewöhnlich hohe Zahl an E-Mail, Briefe und Telefonanrufe von Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis, die uns auffordern mit 'Nein' zu stimmen. Selten habe ich erlebt, dass in so kurzer Zeit so viele Reaktionen von Bürgerinnen und Bürgern in meinem Büro eingehen."

Zuletzt geändert am 14.07.2017